



DSTG informiert

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

Jahrgang 2015

Nr. 7



Foto dbb

**STEUERGERECHTIGKEIT
NUR MIT UNS**

Bundesweit für Sie da:
Mit Direktbank und
wachsendem Filialnetz.



Für uns: das kostenfreie Bezügekonto¹⁾

¹⁾ Voraussetzung: Bezügekonto; Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied

Banken gibt es viele. Aber die BBank ist die einzige bundesweit tätige genossenschaftliche Privatkundenbank, die Beamten und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes einzigartige Angebote macht. Zum Beispiel das Bezügekonto mit kostenfreier Kontoführung.¹⁾

Vorteil für dbb-Mitglieder:

- 30,- Euro Startguthaben über das dbb vorsorgewerk

Informieren Sie sich jetzt über die **vielen speziellen Vorteile** Ihres neuen Kontos für Beschäftigte im öffentlichen Dienst:
Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei) oder www.bezuegekonto.de



BB Bank

Die Bank für Beamte
und den öffentlichen Dienst

Liebe Kollegin,
lieber Kollege,

Wohlstand und dass es in unserer Gesellschaft ein funktionierendes Miteinander gibt, wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern als Normalität wahrgenommen und nicht als ein Verdienst eines gut arbeitenden öffentlichen Dienstes.

Während andere Länder, wie beispielsweise Griechenland, froh wären, auf eine Verwaltung wie in Deutschland zurückgreifen zu können, sind Vorurteile gegen den öffentlichen Dienst im Allgemeinen und den Beamten im Besonderen aus den Köpfen der Deutschen nicht zu entfernen. Die Medien – insbesondere die Regenbogenpresse - tun dazu das Übrige um Vorurteile am Leben zu halten. Es ist schon erstaunlich, dass die Bürger in den seltensten Fällen aus eigenem Erleben von negativen Erfahrungen mit den Beschäftigten im öffentlichen Dienst berichten können. Im Gegenteil, oft sind die Erlebnisse positiver Natur.

Forsa-Umfragen belegen dieses eindrucksvoll. Bei den jährlich durchgeführten Umfragen werden die Werte für Beamte in der Beliebtheitsskala immer besser. Und den Bürgern ist auch offenbar nicht klar, wer zum öffentlichen Dienst gehört - wer Tarifbeschäftigter oder Beamter ist. Ansonsten wäre es nicht zu erklären, dass die Werte für Polizei, Feuerwehr, Lehrer und andere Berufszweige im öffentlichen Dienst – die ja ebenfalls Beamte sind - höher liegen, als der abgefragte Wert für Beamte unmittelbar. Des Deutschen liebster Lästerberuf „Beamter“ ist derart mit Vorurteilen behaftet, dass mit dem Nennen dieser Berufsbezeichnung rationales Denken völlig ausgeschaltet wird.

Es ist daher wichtig, in der Öffentlichkeit den Blick für eine objektive Betrachtung der Aufgaben des öffentlichen Dienstes und speziell der Leistungen der Beamten zu schärfen. Medienvertreter sind aber nur schwer zu einer neutralen Berichterstattung zu bewegen. Einerseits rechnen sie den Beschäftigten Einkommen zu, die lediglich dem geringen Anteil der Vertreter des gehobenen Dienstes an Besoldung zustehen. Andererseits dichten sie den Beamten immer wieder Privilegien an, die keine solchen sind. Den sogenannten Privilegien wie Beihilfe, Pension und Unkündbarkeit, stehen nicht unbedeutende Nachteile gegenüber wie hohe Krankenkassenbeiträge, Versteuerung der Pensionen, kein Streikrecht und damit kein direkter Einfluss auf die Höhe der Besoldung.

Es halten sich daher Vorurteile, die längst überholt sein könnten. Die Umfrageergebnisse im Zusammenhang mit den Info-Zentralen in den Finanzämtern lassen erkennen, dass persönliche Kontakte der Bürger mit den Beamten hohe Zufriedenheitswerte auslösen und der Service als gut bis sehr gut angesehen wird. Diese Ergebnisse veranlassten uns, den Bürgern den Wert von gut funktionierenden Finanzämtern noch näher zu bringen. Schnell war in einer Klausurtagung der Deutschen Steuer-Gewerkschaft der Gedanke geboren, dieses über den „Tag der Steuergerechtigkeit“ zu transportieren. Steuergerechtigkeit heißt, den Gesetzesvollzug zu realisieren und von jedem Bürger die Steuer zu fordern, die er dem Staat schuldet. Erfolgt dieses nicht, insbesondere weil die Finanzämter personell so ausgeblutet sind, dass sie ihrer Kontrollpflicht nicht mehr nachkommen können, kommt es zu erheblichen Auswirkungen auf die Haushalte der Länder, damit auf das Gemeinwohl und somit auf jeden einzelnen Bürger.

Dieser Sachzusammenhang sollte mit der bundesweiten Aktion „Tag der Steuergerechtigkeit“ verdeutlicht werden. Wir werden diese Ausgabe des Steuer- und Grollblatts dazu nutzen, über die Aktion – insbesondere über die in Berlin – zu berichten.

Wir, die Deutsche Steuer-Gewerkschaft, werden auch in Zukunft nichts unversucht lassen, um das Ansehen unseres Berufsstandes zu verbessern und mehr Wertschätzung, aber auch mehr Personal zur Aufgabenerledigung einzufordern.

Mit kollegialen Grüßen



Detlef Dames



IMPRESSIONEN
VOM TAG DER
STEUERGERECHTIGKEIT
2015



Foto dbb



Foto dbb

„TAG DER STEUERGERECHTIGKEIT“ Gemeinsam. Zukunft. Steuern!

Unter diesem Motto stand am 30. September 2015 ein bundesweiter Aktionstag, zu dem die Deutsche Steuer-Gewerkschaft, die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung aufgerufen hat.

Im Namen unserer bundesweit 70.000 Mitglieder wurden an diesem Tag in vielen Städten, u.a. auch in Berlin am Potsdamer Platz, auf gravierende Defizite in der Steuerpolitik, vor allem aber auch im Steuervollzug hingewiesen. Wir waren uns im Vorfeld bewusst, dass wir vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise nicht die ungeteilte Aufmerksamkeit finden würden. Aber auch bei dieser neuen Herausforderung für Staat und Gesellschaft gilt: „Ohne Moos nichts los“! Die Schärfe der gegenseitigen Schuldzuweisungen in der Flüchtlingspolitik ist ein Gradmesser dafür, wie ratlos alle sind. Ratlos auch in Sachen Finanzierung: höhere Steuern, mehr Schulden, Einsparungen woanders? Bund und Länder benötigen im laufenden Jahr Nachtragshaushalte wegen der steigenden Kosten. Derzeit wird der Finanzbedarf von Bund, Ländern und Kommunen für das Jahr 2016 auf mindestens 10 Milliarden Euro geschätzt.

Der ehrliche Steuerzahler bezahlt heute schon viel. Der Ehrliche zahlt die Zeche für diejenigen mit, die sich in die Büsche schlagen, sei es durch Steuerhinterziehung, sei es steuergestaltende Flucht vor dem deutschen Fiskus. Milliarden gehen so dem Staat und den Kommunen durch die Lappen. Geld, das dringend gebraucht wird:
für Investitionen

- In Bildung, in Kindergärten, in Schulen, in Hochschulen
- in Infrastrukturen wie Energiesicherung, moderne Verkehrswege
- in medizinische Betreuung, Pflegeeinrichtungen, altersgerechte Betreuung
- in einen serviceorientierten und effizienten öffentlichen Dienst
- zum Abbau von 2 Billionen Schulden, die unsere Kinder und Enkel belasten werden.

All dieses gelänge besser, hätten wir in Deutschland einen gerechten und gleichmäßigen Steuervollzug. Hier hapert es jedoch gewaltig. Wir schätzen die jährlichen Steuerausfälle bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer auf rund 30 Milliarden Euro pro Jahr. Bei der Umsatzsteuer sind es weitere 20 Milliarden, die durch Steuerbetrug fehlen. Hinzu kommt milliardenschwere Steuerflucht über die





Grenzen hin in Länder mit Ministeuersätzen. Das empfinden wir als ungerecht. Das ist das Gegenteil von Steuergerechtigkeit. Aber es fehlt ja nicht nur das Geld, das andere aufbringen müssen. Der ehrliche Steuerzahler fühlt diese Ungerechtigkeit und wird sein eigenes Verhalten anpassen. Die Steuermoral leidet dadurch insgesamt. Wer möchte schon gerne der Dumme sein?

Auf diese Zusammenhänge wollten wir aufmerksam machen. Wir sind Staatsdiener und üben unseren Beruf mit Leidenschaft aus. Wir wollten mit diesem Aktionstag die Öffentlichkeit mobilisieren und mit ins Boot holen, weil sich die Beschäftigten bei ihrer Arbeit allein gelassen fühlen.

Mit der Dominostein-Aktion am Potsdamer Platz wollte die DSTG den Zusammenhang zwischen gelebter Steuergerechtigkeit und Gemeinwohl mit Auswirkungen auf den einzelnen Bürger darstellen. Wir brauchen die Unterstützung der Öffentlichkeit und der Medien, um unseren Berufsstand zu stärken. Dazu bedarf es einer anderen Wertschätzungskultur und einer besseren Personalausstattung.

Dieser Tag hat bundesweit zu der erhofften Aufmerksamkeit geführt. Wir bleiben am Ball und werden weiterhin unserer Rolle als Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung und als Hüter der Steuergerechtigkeit gerecht.





Foto DSTG



Foto dbb



Foto DSTG



Foto dbb



Foto dbb



Foto dbb

IMPRESSUM

Herausgeber: Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) Landesverband Berlin
 Kluckstraße 8, 10785 Berlin, Tel.: 030 - 21473040, Fax: 030 - 21473041
 www.dstg-berlin.de, e-mail: info@dstg-berlin.de

V.i.S.d.P.: Detlef Dames, Landesvorsitzender

Redaktion: Detlef Dames, Rolf Herrmann, Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Röglin, Christoph Opitz
 Fotos: Archiv der DSTG Berlin

Anzeigenverwaltung: Götz Lemke, Landesgeschäftsstelle

Druck: eXtremdruck, Rödenauen 18, 96465 Neustadt b. Coburg www.extremdruck.de

Auflage: 7.500 Exemplare - kostenlose Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

Erscheinungsweise: 10 x jährlich

Nachdruck, Vervielfältigung oder Verbreitung nur nach Genehmigung unter Quellenangabe und Übersendung eines Belegexemplars.
 Gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasserin / des Verfassers dar, die mit der Meinung der DSTG Berlin nicht übereinstimmen muss.